

## **Eckpunktepapier**

til/zum:

**Dagsordenspunkt/TOP 9**

## **Vorschlag für eine Kommunalreform in Schleswig-Holstein**

Husum, 26.09.2015

### **Landesverband**

Schiffbrücke 42  
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310  
Fax (0461) 144 08 313  
info@ssw.de

# **Starke und größere Kommunen braucht das Land**

## **Die kommunale Struktur in Schleswig-Holstein ist reformbedürftig**

Viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auf dem Lande erleben, wie Schulen, Sparkassen und Geschäfte schließen und immer mehr Arbeitsplätze verschwinden. Die Entwicklung scheint nur in eine Richtung zu gehen. Die Dörfer drohen zu veröden und damit brechen die Grundpfeiler der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum weg. Gefragt sind intelligente Lösungen, um ein modernes Leben im ländlichen Raum unter der Nutzung neuer Technologie, kreativer Organisationsformen und nicht zuletzt bürgerschaftlichen Gemeinsinns zu ermöglichen.

Bereits 2004 hat der SSW als einzige Partei in Schleswig-Holstein größere Kommunen gefordert. Trotz der Verwaltungsstrukturreform ist die heutige kommunale Situation in Schleswig-Holstein mit knapp **1.100** Gemeinden weiter ein Relikt vergangener Jahrhunderte. Die Übertragung der Aufgaben und damit der Entscheidungskompetenz an Ämter und Zweckverbände, die keine direkt gewählten Vertretungen haben, schwächt die kommunale Demokratie ganz erheblich.

Die Strategie- und Handlungsfähigkeit der ländlichen Kommunen stößt jetzt an ihre Grenzen. Die schleswig-holsteinische Kommunalstruktur ist in Bezug auf Größe, Zuständigkeiten und demokratischer Legitimation völlig unbefriedigend. Die kleinen Dörfer haben zu kleine Haushalte, kaum Ressourcen, um Initiativen zu ergreifen und können oftmals gar nicht entscheiden, was vor Ort passiert; das machen Andere. Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitiker haben trotz ihres großen Engagements keine wirksamen Instrumente zur Hand, um ihre Kommunen für die Zukunft fit zu machen.

Eine geringe Bevölkerungsdichte, disperse (sich auflösende) Siedlungsstrukturen, große Entfernungen zwischen den Standorten für Wohnen, Arbeiten und Versorgung und ein eingeschränktes ÖPNV-Angebot prägen heute viele ländliche Regionen in Schleswig-Holstein. Der demografische Wandel wird die negativen Folgen dieser Struktur weiter verstärken und große Veränderungen für die Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen mit sich bringen.

Dazu kommt, dass die kleinen und mittleren Städte, das eigentliche Rückgrat der modernen Versorgungs- und Kulturfunktionen des ländlichen Raumes, derzeit unter starkem

Veränderungsdruck stehen. Der Strukturwandel führt zu Leerstand der Innenstädte bei gleichzeitiger Zersiedlung des Umlands.

Die kleinteilige Struktur der Gemeinden entspricht nicht mehr den Anforderungen und muss dringend den Bedingungen unserer Zeit angepasst werden. Dabei muss im ersten Schritt auf freiwillige Kooperation und Zusammenarbeit gesetzt werden. Die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger hat dabei an erster Stelle, vor wirtschaftlichen Überlegungen, zu stehen.

## **Kommunalreform ist für die Zukunft Schleswig-Holsteins unabdingbar**

Angesichts der Herausforderungen vor welcher die kommunale Selbstverwaltung steht, wie u.a. digitale Gesellschaft, Energiewende, Strukturwandel der Wirtschaft, Schuldenbremse, Verödung der Innenstädte, Ausbluten des ländlichen Raums und demographischer Wandel vergrößert sich die Lücke zwischen modernen Ansprüchen der BürgerInnen und der Unternehmen an öffentlicher Dienstleistung und den bestehenden kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein mit 1.100 Kommunen.

Die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein ist unterschiedlich. „Den“ ländlichen Raum gibt es nicht: kleine Dörfer an der Westküste stehen vor anderen Herausforderungen als gleich große Dörfer im Umland einer Großstadt oder im „Speckgürtel“ von Hamburg. Darum brauchen wir keine Lösung für alle, sondern eine abgestimmte Struktur, mittels derer die in den jeweiligen Siedlungsstrukturen anstehenden Herausforderungen gemeistert werden können.

Eine Kommunalreform, die dieser Entwicklung Rechnung trägt, ist für die Zukunft Schleswig-Holsteins unabdingbar.

## **Keine Kreisreform notwendig**

Eine Reform der kommunalen Verwaltungen und Strukturen muss von unten in den Kommunen anfangen. Auf kommunaler Ebene, in den Gemeinden und Ämtern, werden Entscheidungen getroffen, die die Bürgerinnen und Bürger direkt und unmittelbar betreffen. Umso wichtiger ist eine leistungsfähige und moderne kommunale Struktur mit entscheidungskompetenten Gemeinden. Der SSW fordert deshalb weiterhin eine Gemeindegebiets- und Strukturreform auf Ebene der Gemeinden und Ämter. Eine Kreisreform ist der falsche Schritt. Sie ist nicht notwendig.

## **Eine Kommunalreform heißt: mehr Demokratie vor Ort!**

Eine Kommunalreform sorgt für mehr Demokratie vor Ort und hat folgende Ziele und Vorteile:

- Das Ziel sind selbständige und selbstverantwortlich arbeitende Kommunen, wo die politische Gemeinde und die Verwaltungseinheit identisch sind.
- Einheitliche Verwaltungsstrukturen mit professionellem Personal und hauptamtlichen Bürgermeisterinnen sorgen für effektive Verwaltungen und bessere Leistungen sowie eine bessere Qualität des kommunalen Serviceangebots für die Bürgerinnen und Bürger.
- Die Effektivität der politischen Entscheidungsprozesse und der Verwaltungsstrukturen werden erhöht, damit man möglichst vor Ort Lösungen auf die anstehenden Herausforderungen finden kann.

- Größere Kommunen sind EU-tauglich. Das heißt, sie werden durch mehr personelle Ressourcen in die Lage versetzt, relevante EU-Programme zu beantragen. Sie haben wirklich etwas zu entscheiden, da alle Amtsausschüsse oder die Zweckverbände durch demokratisch legitimierte kommunale Ausschüsse und Gemeindevertretungen ersetzt werden.
- Größere Kommunen können auf Augenhöhe mit noch größeren Kommunen/Städten oder den kreisfreien Städten und Kreisen verhandeln und somit die Entwicklung vor Ort viel besser mitgestalten. Gerade im strukturschwachen ländlichen Raum werden durch größere Kommunen die Kräfte gebündelt, um zum Beispiel die demografische Entwicklung zu meistern.
- Die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden gestärkt, da sie mehr Entscheidungsmöglichkeiten und effektivere Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung bekommen.
- Eine transparentere Struktur sorgt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Einblick die Entscheidungsprozesse der Kommunen bekommen und somit leichter am demokratischen Prozess in den Kommunen teilnehmen können.

## Umsetzung der Kommunalreform 2018-2023

Der SSW- fordert größere Kommunen in Schleswig-Holstein nach folgenden Maßgaben:

- Nach der Landtagswahl in Mai 2017 wird ein Gesetzentwurf für eine kommunale Gebietsreform in den Landtag eingebracht. Hierbei soll sich an eine Phase der Freiwilligkeit einer Phase der gesetzlich festgeschriebenen Gemeindezusammenschlüsse anschließen.
- Die Zusammenschlüsse sollen grundsätzlich innerhalb der Struktur der Ämter erfolgen. Es soll aber auch die Möglichkeit für Gemeinden geschaffen werden, sich der nächst größeren Stadt anzuschließen.
- Freiwillige kommunale Zusammenschlüsse werden durch besondere finanzielle Anreize des Landes in Form von „Fusionsprämien“ unterstützt.
- Für Insel und Halligen gelten weiterhin Sonderregelungen hinsichtlich der Mindestanzahl der Einwohner pro Kommunen.
- Die Amtsebene wird abgeschafft. Die bestehenden Amtsverwaltungen und deren Personal werden in die neuen gemeindlichen Verwaltungen übernommen.
- Rund um Großstädte und größeren Städten werden verbindliche interkommunale Kooperationen, wie z.B. Stadt-Umland-Planungsverbände eingerichtet, die sich mit gemeinsamen Angelegenheiten befassen sollen. Ebenso wie auf dem Land, gilt es in

unseren städtischen Räumen die Entwicklungsmöglichkeiten und den Strukturwandel optimal durch Kooperation zu nutzen

- Bis Ende 2022 soll die kommunale Gebietsreform umgesetzt werden, so dass die neuen Kommunalvertretungen zur Kommunalwahl 2023 gewählt werden können.
- Damit würde die Zahl der Kommunen in Schleswig-Holstein von ca. **1.100** auf mindestens **170** Kommunen sinken.

Das Ziel ist die verbesserte und angemessene Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen und deren demokratische Steuerung, nicht das Einsparen des öffentlichen Sektors.

Uli Stellfeld-Petersen  
für die SSW-Arbeitsgruppe „Kommunalpolitik“.